

Antrag

an die 189. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 23. Mai 2025

Corona-Milliarden zurückholen – für die echten Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unserer Gesellschaft

Die COVID-19-Pandemie war für viele Menschen eine Zeit großer Unsicherheit, Angst und finanzieller Belastung. Während Arbeitnehmer:innen in systemrelevanten Bereichen unter schwersten Bedingungen arbeiteten – oft ohne zusätzlichen Lohn – wurden gleichzeitig milliardenschwere Förderpakete an Unternehmen verteilt. Viele dieser Hilfen waren notwendig, doch wie nun mehrfach belegt ist: Ein erheblicher Teil floss direkt in die Gewinne von Konzernen statt in den Erhalt von Arbeitsplätzen oder Existenzen.

Während hunderttausende Menschen in Österreich durch Corona mit Kurzarbeit, Jobunsicherheit, Homeoffice, gesundheitlichen Risiken und enormer Belastung zu kämpfen hatten, wurden im Hintergrund Milliarden an staatlichen Hilfen über eine eigens geschaffene Förderstruktur – die COFAG – an Unternehmen ausbezahlt.

Diese Förderungen sollten Existenzen sichern und Arbeitsplätze erhalten. Doch das ist nur zum Teil passiert. Viel zu oft wurden Gewinne mit Steuergeld gemacht.

Der Rechnungshof und das Momentum Institut haben aufgezeigt:

- **Fast 14 Milliarden Euro** an Corona-Hilfen flossen **direkt in Unternehmensgewinne**.
- **Überförderungen im großen Stil** wurden durch fehlende Kontrolle und unsaubere Fördermodelle möglich.
- Konzerne konnten sich **durch künstlich zersplitterte Strukturen mehrfach bedienen**.
- In vielen Fällen gab es **keinen Nachweis eines tatsächlichen Schadens**.
- Und gleichzeitig wurden **Kurzarbeit und andere Förderungen kombiniert – auf Kosten der Steuerzahler:innen**.

Das ist ein Schlag ins Gesicht all jener, die das Land durch diese Krise getragen haben – der Pflegekräfte, Bauarbeiter, Verkäufer:innen, Pendler:innen, Alleinerziehenden, Lehrlinge, Produktionsarbeiter:innen, Familien und Kleinunternehmer:innen.

Sie sind die echten Leistungsträgerinnen und Leistungsträger dieses Landes – und sie haben nichts von diesen Millionen gesehen.

Wir sagen ganz klar: Es kann nicht sein, dass die einen durch Steuerleistungen den Staat aufrechterhalten – und die anderen mit diesen Mitteln Profite machen.

Und gerade unter dem jetzigen Aspekt der notwendigen Sparmaßnahmen wäre das nur fair und notwendig.

Die 189. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert daher die Bundesregierung und das Bundesministerium für Finanzen auf:

1. Alle überhöhten Corona-Unternehmenshilfen vollständig zu prüfen und gegebenenfalls zurückzufordern.